

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 19 (1939-1940)
Heft: 2

Rubrik: Wehrpolitische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

So wären Verhandlungen heute die Lösung. Allein vergessen wir eines nicht: Hitler hat eine Forderung gestellt und ist damit abgewiesen worden. Er sieht sich der Möglichkeit ausgesetzt, eine beträchtliche Einbuße an Prestige zu erleiden. Und deshalb ist die Lage von der psychologischen Seite so äußerst gefährdet.

Zürich, den 3. Mai 1939.

Jann v. Sprecher.

P. S. Der Sturz Litwinow's kam in diesem Augenblick wohl für jedermann unerwartet. Aber die Gründe besteht noch keine Klarheit. Seltsam nur, daß Stalin seinen Minister mitten aus im Zuge befindlichen Verhandlungen herausgerissen hat. Allerdings ist zu sagen, daß diese Verhandlungen um einen Neuaufbau der kollektiven Sicherheit in den letzten Tagen nicht mehr vorwärts kommen wollten, weil die Russen sich ihren Einsatz teuer abkaufen lassen. Der Sturz des Ministers besagt wohl, daß diese Verhandlungen auf einer neuen, etwas weniger hypothetischen Grundlage neu aufgenommen werden.

Oder sollte tatsächlich eine Schwenkung der russischen Außenpolitik vorgenommen werden?

Deutschland ist in den letzten Tagen äußerst aktiv. Dies beweist neuerdings der Abschluß von Nichtangriffspakten mit Lettland und Estland. Die deutsche Gegenaktion gegen Chamberlain ist in vollem Zuge. Wird es ihr am Ende gelingen, die entscheidende Umwälzung der gesamten Ostprobleme zu Gunsten des Reiches zu verwirklichen?

5. Mai 1939.

S.

Wehrpolitische Rundschau

Am ersten Junisonntag haben die stimmberechtigten Schweizerbürger wieder einmal die seltene Gelegenheit, sich zu einer Militärvorlage aussprechen zu können: zum Verfassungsartikel über den Ausbau der Landesverteidigung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Vorlage unterliegt dem obligatorischen Verfassungsreferendum; gegen eine bloße Gesetzesvorlage wäre zweifellos das fakultative Referendum nicht ergriffen worden. Die neuesten Veränderungen in der territorialen Gliederung des europäischen Südostens und die anhaltenden politischen Spannungen in diesem Gebiet und im Mittelmeerraum machen den weiteren Ausbau unserer Landesverteidigung zur gebieterischen Notwendigkeit. Die Vorlage, die bis zur Abstimmung bereits auf das unzeitgemäße Alter eines Jahres zurückblicken kann, ist sogar durch die Ereignisse bereits überholt. Um im planmäßigen Ausbau der Landesverteidigung keine Pause eintreten zu lassen, hat die Bundesversammlung dem Bundesrat schon im November und im Februar Voranschusskredite aus der großen Vorlage bewilligt, und kaum war die parlamentarische Beratung des Verfassungsartikels beendet, hat der Bundesrat den eidgenössischen Räten wieder eine neue Kreditforderung von weiteren 190 Millionen Franken für die Landesverteidigung stellen müssen. Von den verschiedenen Aufrüstungsmaßnahmen, für die diese Kredite bestimmt sind, seien vor allem zwei hervorgehoben: die Errichtung von Befestigungen und der Bau strategischer Straßen. Das Programm der Grenzbefestigungen an allen Grenzen ist ergänzt worden und soll restlos zur Ausführung gelangen. Daneben wird aber auch an die Schaffung einer eigentlichen Landesbefestigung gedacht, an die Errichtung stark befestigter Stützpunkte in einer zweiten Linie, als Rückhalt der Feldarmee bei einem

allfälligen Durchbruch des Grenzgürtels. Die Befestigungen erhalten damit auch eine gewisse Tiefe. Besondere Beachtung erfährt nach dem Anschluß Österreichs der exponierte Kessel von Sargans mit den Zugängen zum Bündnerland, zum Seerzthal-Walensee und zum Toggenburg, der nun fortifikatorisch stark ausgebaut wird. An Straßenbauten enthält die Abstimmungsvorlage die sogenannte Ristenstraße als militärisch sichere Verbindung des Kantons Glarus und damit der ganzen Nordost- und Zentralschweiz mit den Kantonen Graubünden und Tessin. Damit wird endlich eine Forderung erfüllt, die in der Presse schon vor Jahren gestellt wurde, als Österreich unter die zeitweise Vorherrschaft Italiens geraten war. Sustenstraße und Walenseestraße befinden sich im Bau. Über den militärisch ebenfalls wichtigen Pragelpaß soll dagegen mit Bundesunterstützung nur eine Güterstraße zur besseren Erschließung der dortigen Alpen und Waldungen gebaut werden, und die von militärischer Seite ebenfalls schon geforderte Abzweigung vom Pragel ins Wäggital zum Rickenpaß findet in der Vorlage überhaupt keine Beachtung. Große Lücken in unserem Alpenstraßennetz weisen sodann die Berner Alpen auf: zwischen Grimsel und Col du Pillon fehlt jede Straßenverbindung aus dem Berner Oberland nach dem Rhonetal. Der Ausbau des Ramilpasses drängt sich hier gebieterisch auf. Während wir für den Ausbau des internen Straßennetzes keine Mittel scheuen dürfen, ist gegenüber allen Grenzstraßen größte Zurückhaltung angebracht, insbesondere im Kanton Tessin, der sich, zwischen das italienische Pomat und das Tal von Splügen-Chiavenna eingeklemmt, ohnehin in gefährdeter Lage befindet. Umso unbegreiflicher ist, daß der Staatsrat des Kantons Tessin in seinen neuesten „Rivendicazioni“ vom vergangenen Dezember die Abnahme der italienischen Militärstraße auf dem San Giacomopaß und ihre Fortsetzung bis nach Mirolo zum Anschluß an die Gotthardstraße verlangt und für den Ausbau der linksufrigen Straße am Langensee (Gamborogno) und den Ausbau der Centovallistrasse Bundesunterstützung begehrt. Im Zeitalter überfallartiger Kriegseröffnung ist es unverständlich, daß eine Kantonsregierung den Wünschen eines fremden Staates derart bereitwillig entsprechen will, ohne jede Rücksicht auf die eigene Sicherheit.

Sowohl vom Kredit für den Ausbau der Landesverteidigung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wie vom neuesten Kreditbegehren sind große Summen (40 und 75 Millionen) für den Ausbau der Fliegertruppe und der Fliegerabwehr bestimmt. Umso bedauerlicher ist es, daß nun das schon in der letzten wehrpolitischen Rundschau (November 1938) angekündigte Initiativbegehren für den Ausbau der Luftwaffe doch lanciert worden ist und wohl auch zustandekommen wird. Mit dem aktiven Selbstschutz der Städte und großer industrieller Unternehmungen gegen Fliegerangriffe hat bereits die Stadt Zürich durch die Erwerbung von Fliegerabwehrgeschützen und die Aufstellung und Ausbildung der Bedienungsmannschaften einen Anfang gemacht. — Nach der im letzten Jahrhundert eingeleiteten Zentralisierung des gesamten Wehrwesens führt nun der Charakter der modernen Kriegsführung wieder zur rückläufigen Entwicklung, zu passiven Schutzmaßnahmen und eigentlichen militärischen Abwehrmaßnahmen der Städte.

Auf dem Gebiet der Ausbildung hat die Bundesversammlung die zweite Verlängerung der Rekrutenschulen von drei auf vier Monate genehmigt, ohne daß dagegen das Referendum ergriffen worden wäre. Im Gegensatz zur letzten Verlängerung vom Jahre 1935 werden die neuen Bestimmungen nicht erst auf den nächsten Jahreswechsel in Kraft gesetzt, sondern schon auf den Beginn der zweiten Rekrutenschulen hin. Die Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit der Militärverwaltung hat also erhebliche Fortschritte gemacht. Dasselbe ist festzustellen in Bezug auf die Kurse der Grenz- und Territorialtruppen. Auf Grund außerordentlicher Vollmachten hat der Bundesrat diese Kurse, soweit sie im Schultableau vorgesehen waren, am 27. März von einer Woche auf zwei verlängert und gleichzeitig die übrigen Verbände der Territorialtruppen,

die für eine Dienstleistung in diesem Jahre nicht vorgesehen waren, für die Dauer einer Woche aufgeboten, während für die Wiederholungskurse der Feldarmee, die nun einheitlich drei Wochen dauern, die Einberufung aller zwölf Jahrgänge vorbehalten bleibt, wenn die politische Lage die Anwesenheit kriegsstarke Verbände unter den Waffen erforderlich machen sollte.

Die Märzereignisse haben den Bundesrat, wie im September letzten Jahres, veranlaßt, an allen Grenzübergängen die Minenladungen anbringen und eine verstärkte Grenzbewachung anzuordnen durch Aufgebot von Alarmdetachementen, da die kleine Berufsgruppe der freiwilligen Grenzschutzkompagnien für diese Aufgabe nicht ausreichte. Analog dieser Grenzschutztruppe für die Sicherung der Grenzen soll nun auch ein besonderes Fliegergeschwader für die ständige Überwachung des Luftraumes in kritischen Zeiten aufgestellt werden. Damit würde eine weitere stehende Truppe geschaffen, und das unserem Milizsystem fremde berufsmäßige Element der Landesverteidigung verstärkt.

Das entscheidende Problem der Armeeführung harret noch immer der Lösung. Die „Lösung“, die vom Bundesrat vorgeschlagen und vom Nationalrat nur unwesentlich abgeändert wurde, entspricht den wirklichen Bedürfnissen in keiner Weise und kann keineswegs befriedigen. Es soll darnach ein weiterer Korpskommandant als Armeeeinspektor bezeichnet werden, der aber nicht der militärische Vorgesetzte der Korpskommandanten wird, sondern eher ihr Untergebener, indem er lediglich als ausführendes Organ der Landesverteidigungskommission gedacht ist. Das Heil der Armee wird also in einer Kommission gesucht, in einem „Kriegsrat“, weil es angeblich undemokratisch wäre, eine Persönlichkeit an die Spitze der Armee zu stellen. Noch hat sich in der Sommeression der Ständerat zu der Frage zu äußern. Wenn auch er eine wirkliche Armeeführung mit Kommandogewalt ablehnen sollte, so ist mit der Möglichkeit eines Referendums zu rechnen. Es braucht wohl nicht besonders betont zu werden, welchen bemühenden Eindruck diese Widerstände gegen eine sachmännische Armeeführung gerade in der heutigen Zeit außenpolitischer Krisen im Ausland hervorrufen müssen. Auffallend still ist es um die Vorlage vom 25. April 1938 über die Wahl des Generals geworden, wonach die Wahl des Oberbefehlshabers im Kriegsfall oder in Zeiten von Kriegsgefahr auf den Bundesrat übertragen werden soll. Die Vorlage ist letztes Jahr mit Recht zurückgestellt worden, um zusammen mit der Armeeführung behandelt zu werden, ist aber nun in den Beratungen des Nationalrates mit keinem Wort auch nur erwähnt worden. Wenn also in nächster Zeit ein größeres Truppenaufgebot notwendig wäre, müßte erst die Vereinigte Bundesversammlung zusammentreten, um den General zu wählen. Es liegt auf der Hand, daß ein derart umständliches und dazu allen möglichen partei- und interessenpolitischen Einflüssen ausgesetztes Wahlverfahren mit der Aussicht auf einen strategischen Überfall nicht vereinbar ist, und daß die Vorlage dringend der Verwirklichung bedarf.

Die allgemeine Wehrpflicht hat eine erhebliche Ausdehnung erfahren durch die Neuordnung der Hilfsdienste und erstreckt sich nun bis zum 60. Altersjahr. Gleichzeitig ist der Kreis der Hilfsdienstpflichtigen erweitert worden und schließt künftig nur noch zu jedem Dienst absolut Untaugliche aus. Die Hilfsdienste sind berufen, die Armee von zahlreichen Nebenaufgaben zu entlasten und treten vielfach an Stelle des Landsturmes, dem in neuer Organisation und mit neuzeitlicher Bewaffnung in vermehrtem Maße Kampfaufgaben überbunden werden können. Die Zahl der Kämpfer in der Front wird dadurch gewaltig vermehrt, daß die Armee durch die neu geordneten Hilfsdienste entlastet wird. Bundesrat, Kantonsregierungen und das Rote Kreuz haben sich im vergangenen Monat mit Aufrufen an die Öffentlichkeit gewendet und diejenigen Kreise, die von der Hilfsdienstpflicht nicht erfaßt werden, zur freiwilligen Meldung für die Hilfsdienste aufgefordert. Besser als alles andere zeugen diese für Friedenszeiten durchaus ungewöhnlichen Aufrufe für den Ernst der heutigen Zeit, die von unserem kleinen, nur auf die Er-

haltung seiner Selbständigkeit und Unabhängigkeit bedachten Volke den Einsatz aller Kräfte verlangt und es verbietet, sich auf Improvisationen zu verlassen.

Gottfried Zeugin.

Kultur- und Zeitfragen

„Rache für Sadowa“.

Kritische Bemerkungen zur Einstellung gegen Deutschland.

„Rache für Sadowa“ riefen die Pariser 1866, als Preußen bei Königgrätz, auf tschechisch Sadowa, Österreich besiegt hatte und Kleindeutschland begann, sich vorläufig zum zweiten Deutschen Reich zu entwickeln. Großeltern und Eltern erlebten jene Zeit und bald auch den Krieg von 1870/71. Noch erinnere ich mich, daß ich in der Jugend lange nicht begriff, weshalb denn die Franzosen glaubten, sich für eine österreichische Niederlage rächen zu sollen, warum sie auch vier Jahre nachher es nicht ertragen hätten, daß ein Hohenzollern auf den Thron Spaniens gelangt wäre. Erst das Leben lehrte, noch eindringlicher als die Geschichte, daß ein ewiger Kampf um den Platz an der Sonne das Geschehen beherrsche und „Friede“ nichts sei als Gleichgewicht. Früher einmal hatte Frankreich durch Ludwig XIV. triumphierend ausgerufen, es gebe keine Phryniäen mehr, als der Herzog von Anjou König Philipp V. von Spanien geworden war. Auf Kosten des zersplitterten Ersten Reiches konnte Ludwig XIV. auch die Rheingrenze gewinnen. Erst 1871 nahm Deutschland gegen den Sonnenkönig wie gegen Napoleon den Großen und den Kleinen eine verjährte Revanche, die eben dieser Verjährung wegen weder von Elsaß-Lothringen nach der Weltmeinung begriffen wurde.

Mit undurchdringlicher Miene schaut Moira auf die Schicksalswaage und unbewegt sah sie 1871 zu Frankfurt die eine und 1919 in Versailles die andere Schale sinken und steigen. Unbewegt weben Nornen und Parzen auch heute ihr Seil, kalt schauen sie auf die Aufgeregten, die Anstöße mit Ursachen verwechseln. Aber Völker und Erdteile bleiben nicht unbewegt; sie zittern im Wahn, nicht in Ehren leben und zufrieden arbeiten zu können; die einen schleppen Gewichte herbei, die andern werfen Lasten ab, in der Meinung, endlich würden die Schalen ruhen und ewiger Frieden herrschen. Utopien wird ersehnt, wo keine „Zeit“ mehr wäre, auch keine Geschichte. Doch die naturgewollte Ungleichheit der Menschen und die Eier nach Wechsel würden über kurz oder lang wieder zu Kämpfen führen. Die Geschichte kennt mehrere Pläne, ein dauerndes Gleichgewicht aufzubauen und Kriege zu verbannen. Beim bekanntesten solcher Versuche standen sich fast gleiche Hälften unseres Volkes leidenschaftlich gegenüber, und die Entwicklung hat jenen recht gegeben, die sich überzeugt gegen das Scheinheilige und Phrasenhafte wandten und sich vom bestenfalls naiv Optimistischen dieser Verkopplung von Machtpolitik mit Idealen nicht blenden ließen. Der auf Bruch oder doch Umdeutung eines feierlichen Versprechens aufgebaute Wilson-Versailler-Völkerbund hat den Zustand schwer gestörten Gleichgewichts nach einem großen Sieg verewigen wollen — was vom Standpunkt der Sieger aus ganz begreiflich ist. Aber Versailles 1919 begnügte sich dabei nicht mit der materiellen Vernichtung der Besiegten, vielmehr suchte es sie auch in bisher nie gekanntem Maß moralisch zu zerstören. Wir erleben, wie sehr dies gelang; freilich kehrt sich diese Umwertung der Moral längst gegen den Sieger selbst: Man hält Versprechen nicht, bezahlt keine Schulden, bricht Verträge, schließt Bündnis mit der einen östlichen Rasse, macht die andere rechtlos und überholt das alte „écrasez l'infâme“. Jener Vertrag betonte zu Beginn — etwas